

OGS: Nach der Sommerpause 225 zusätzliche Betreuungsplätze,
Seite 4



Drei Spielplatzsanierungen in 2020, Seite 4



Bundesbahndirektion: Prüfauftrag beschließen, Seite 5



Appell ans Land: Mittel für Geflüchtete an die Kommunen weiterleiten,
Seite 2



Döppersberg Platz Ost: Christökologischer Beschluss erhält gelbe Karte, Seite 3



SPD-Fraktion begrüßt Förderempfehlung des Kulturbüros, Seite 7

Klimaschutz:

Wuppertal erreicht EU- und Bundesvorgaben

„Unsere Fraktion hat nachgefragt, wie die Stadt Wuppertal in Sachen CO₂-Einsparung in Bezug auf die Zielvorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens bzw. des daraus abgeleiteten verschärften Bundesklimaschutzgesetzes, aufgestellt ist“, erläutert Klaus Jürgen Reese, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, die große Anfrage seiner Fraktion zu dem Thema, die im Nachgang zur aktuellen Ratssitzung beantwortet wurde.

Wuppertal übererreicht Klimaziel 2020

„Die globale Herausforderung

der Bewältigung des Klimawandels muss ja vor allem auch im Kleinen, auf kommunaler Ebene, angepackt werden. Und die Stadt Wuppertal kann sich mit ihrer bisherigen Bilanz zur CO₂-Einsparung sehr gut sehen lassen“, führt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, aus. „Die Treibhausgas (THG)-Emissionen konnten laut aktueller Prognose der Verwaltung seit 1990 bis heute um mehr als 40 % gesenkt werden. Damit hätte Wuppertal das THG-Minderungsziel der Bundesregierung (minus 40 Prozent

bis 2020) sogar übererreicht.“

Klimaschutz: ökonomisch, ökologisch und sozial

„Es ist zu betonen, dass keine ‚Schönrechnerei‘ betrieben wurde, um auf die gewünschten Zielwerte zu kommen. Einsparungen von rund 450.000 Tonnen CO₂ pro Jahr durch die Stilllegung des Heizkraftwerks Elberfeld und die Anschaffung emissionsarmer Wasserstoffbusse sind nur Beispiele für echte, wirkungsvolle Beiträge für den Schutz unseres Klimas, die im Übrigen auch die Lebensqualität in unserer

Fortsetzung auf S. 2



Die Bilanz der Stadt Wuppertal bei den bisherigen CO₂-Einsparungen übertrifft die Vorgaben der Bundesregierung.

Fortsetzung von S. 1

Stadt spürbar steigern. Das Klimaschutzkonzept – zurzeit von der Verwaltung in Arbeit – wird weitergehende, konkrete Maßnahmen aufzeigen müssen, um das

große Pariser Klimaziel einer weitestgehenden THG-Neutralität ab 2050 einzuhalten. Dabei setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auch der Gleichklang der

Nachhaltigkeit aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem in Wuppertal erhalten bleibt. Mit unserer bisherigen Bilanz können wir hier zwar noch lange nicht die

Hände in den Schoß legen, aber wir freuen uns über das bereits Erreichte und dürfen optimistisch in die Zukunft blicken.“, so Klaus Jürgen Reese abschließend.

Appell ans Land: Mittel für Geflüchtete an die Kommunen weiterleiten



Die dauerhafte Integration von Geflüchteten findet in den Kommunen statt. Aus diesem Grund müssen die Kommunen auch dauerhaft finanziell unterstützt werden.

Bild: Adobe Stock

Im Bereich der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen leisten die Kommunen, auch mit Unterstützung durch das Ehrenamt, insbesondere seit dem Jahr 2015 großartige Arbeit. Doch insbesondere die dauerhafte und möglichst vollumfängliche Integration der Geflüchteten ist für die Kommunen eine fortwährende Aufgabe, vergleichbar mit einer Ausdauersportart, die nach wie vor unzureichend finanziell ausgestattet ist. Dies betrifft sowohl den Bereich der unzureichenden finanziellen Erstattungsregeln des Landes NRW, als auch Fragen zur Flüchtlingszuweisung.

„Vor diesem Hintergrund hat

die SPD-Ratsfraktion einen Antrag eingebracht, der an die Landesregierung appelliert, ihr Versprechen einzuhalten und die vom Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorgesehenen Mittel in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterzuleiten. Damit einhergehend sollen die Pauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Standard angehoben werden“, so der Vorsitzende des Integrationsrates, Johannes van Bebber.

Erstattungszeitraum für Geduldete anpassen

„Darüber hinaus fordern wir,

dass die Kosten für geduldete Menschen solange vom Land erstattet werden, wie diese Personen auch tatsächlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Bislang gilt lediglich ein Erstattungszeitraum von drei Monaten nach Erhalt des rechtskräftigen Bescheides des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Es ist nicht mehr länger hinnehmbar, dass die Kommunen mit der Finanzierung alleine gelassen werden, obwohl sicherlich nicht sie es sind, die die Abschiebehindernisse in irgendeiner Form beeinflussen könnten“, so Ulrike Fischer, Stadtverordnete und Mitglied im Integrationsrat.

Hintergrund:

Im Dezember 2015 hatten die damals regierungstragenden Fraktionen mit den kommunalen Spitzenverbänden die weitere Vorgehensweise zur Schaffung einer auskömmlichen Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung vereinbart. Bestandteil dieser Vereinbarung war die Erhebung der tatsächlich in den Kommunen anfallenden Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Die Ergebnisse der Erhebung sollten Grundlage der monats- und personenscharfen Pauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) ab dem Jahr 2018 werden.

Im September 2018 hatte Professor Dr. Lenk gegenüber dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration sowie den kommunalen Spitzenverbänden die Ergebnisse seines „Gutachtens zur Evaluierung der Kostenpauschale nach dem FlüAG auf der Grundlage eines Pauschalersatzsystems“ vorgestellt. Außerdem stellte die Gemeindeprüfungsanstalt NRW ihren „Gesamtbericht zur Istkostenerhebung FlüAG im Jahr 2017“ vor. Die Ergebnisse belegen eine erhebliche Unterdeckung je Leistungsempfänger.

Döppersberg Platz Ost: Christökologischer Beschluss erhält gelbe Karte



Gemäß der Rahmenverträge hätte neben der BV auch der Gestaltungsbeirat an der Gestaltung des Platzes östlich des Investorengebäudes beteiligt werden müssen.

Die Beschlussfassung zur Nutzung des Platzes östlich des Investorengebäudes am Döppersberg als zusätzlicher Taxenstellplatz wurde von der Verwaltung beanstandet. Auf Nachfrage unseres Stadtverordneten Thomas Kring, der auch Sprecher der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung (BV) Elberfeld ist, hat die Verwaltung mitgeteilt, dass die BV Elberfeld, und abschließend der Rat, sehr wohl hätten beteiligt werden müssen.

Zuständigkeiten übergangen

„Bereits in der Sitzung der Planungs- und Baubegleitkommission (PBK) haben wir darauf hingewiesen, dass ein solcher Beschluss nicht in die Zuständigkeit der PBK fällt. Dieser Hinweis wurde wie auch die von unserem Oberbürgermeister Andreas Mucke vorgeschlagene Bürgerbeteiligung vom Kernbündnis einfach abgetan. Somit ist der nun erfolgte Hinweis der Verwaltung auf die Beteiligungsrechte der Bezirksvertretung und die abschließende Entscheidung durch den Rat eine gelbe

Karte für das Kernbündnis“, erklärt Thomas Kring. „Wer, wie es das christökologische Kernbündnis mit seiner Verfahrensweise jüngst gezeigt hat, derart mut- und kreativlose Beschlüsse gegen alle Widerstände einfach durchzuboxen versucht, der befeuert am Ende leider nur eine Sache: die wachsende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung“, fährt Kring fort.

Johannes van Bebber, Elber-

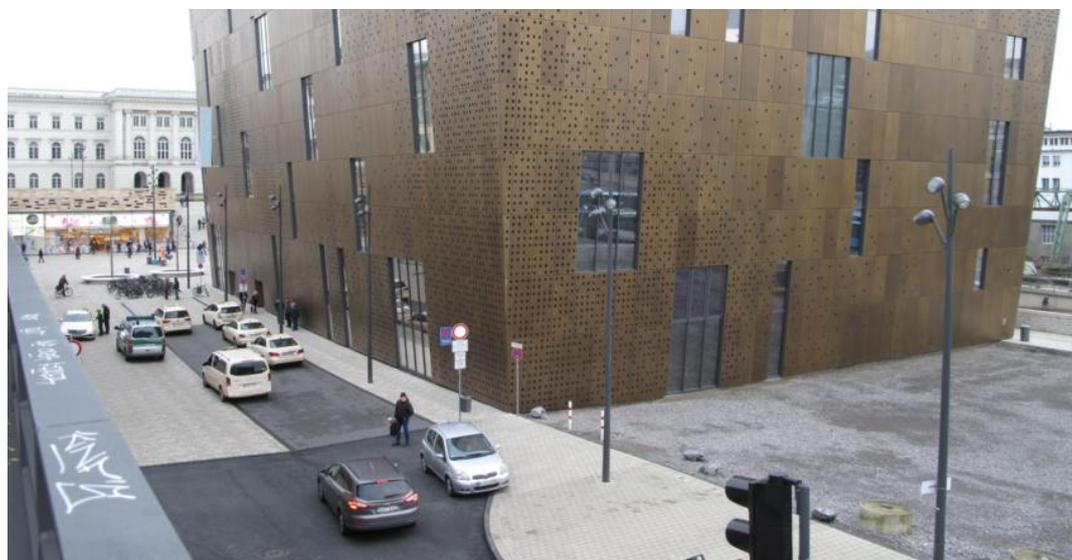
felder Stadtverordneter und u. a. Mitglied im Beirat Bürgerbeteiligung, ergänzt: „Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird vom Kernbündnis immer nur dann wie eine Monstranz nach vorne geschoben, wenn es den Bündnispartnern gerade in den Kram passt. Der Vorschlag unseres Oberbürgermeisters, die Nutzung mit einem qualifizierten und gestrafften Beteiligungsverfahren zu begleiten, wurde als ‚in der Sache erledigt‘ abgetan.“ „Die SPD-Ratsfraktion lehnt einen weiteren Stellplatz für Taxen an einer derart prominenten Stelle in unserer Stadt ab.

Weder kreativ, noch attraktiv
Gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister Andreas

Mucke werden wir uns weiterhin für eine zukunftsorientierte und vor allem attraktive Entwicklung Wuppertals einsetzen. Ein zusätzlicher Stellplatz für Taxen ist weder kreativ noch attraktiv, zumal der Döppersberg schon heute über mehr als ein Dutzend Taxenstellplätze unmittelbar vor dem Bahnhof verfügt. Aber auch im Sport gilt, wer eine gelbe Karte bekommt, der ist noch im Spiel und muss den Platz noch nicht verlassen. So erwarten wir, dass das verwarnte Kernbündnis sein ‚Nein‘ zu einer Bürgerbeteiligung doch noch einmal überdenkt.

Bürger sollten befragt werden

Die Fragestellung zur Nutzung dieses zentralen, stadt-bildprägenden Platzes bietet sich ausgesprochen gut für ein Bürgerbeteiligungsverfahren an. Meine Fraktion würde diesen Vorschlag positiv begleiten“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Jürgen Reese abschließend.



Brauchen wir an dieser Stelle tatsächlich noch mehr Stellflächen für Taxen? Die SPD-Fraktion sagt „Nein“ und plädiert für eine deutliche Attraktivierung dieses prominenten Standortes. Gerne auch begleitet durch eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Offener Ganztag: Nach der Sommerpause 225 zusätzliche Plätze

„Für das Schuljahr 2020/21 werden an den Wuppertaler Grundschulen 225 neue Plätze im Offenen Ganztag (OGS) eingerichtet. Das bedeutet neun zusätzliche OGS-Gruppen und ein weiterer wichtiger Schritt beim Ausbau der Ganztagsbetreuung“, erklärt Renate Warnecke, stellv. Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung.

Fast 900 neue Plätze

„Sicher, damit sind noch lange nicht alle Bedarfe gedeckt, dennoch freuen wir uns, dass es der Fachverwaltung immer wieder gelingt, neue OGS-Gruppen in den Wuppertaler Grundschulen

an den Start zu bringen. Allein in den letzten vier Jahren sind mit den neun neuen Gruppen insgesamt fast 900 OGS-Plätze hinzugekommen. Wenn man alle Betreuungsplätze – auch die, die nicht im Rahmen eines Offenen Ganztages angeboten werden, wie beispielsweise durch einen Betreuungsverein – zusammenzählt, liegt die Versorgungsquote damit bei 39,5 Prozent“, so Servet Köksal, stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung.

Familienfreundlichkeit

„Die Zusage für einen Betreuungsplatz im Offenen

Ganztag ist in den allermeisten Fällen der entscheidende Faktor, um Familie und Beruf gut unter einen Hut bringen zu können. Somit ist jeder einzelne neu geschaffene Platz wichtig und ein Schritt hin zu mehr Familienfreundlichkeit in unserer Stadt. Die weitere Ausbauphase muss nun allerdings auch Antworten für all die Schulen

finden, die augenscheinlich keine räumlichen Erweiterungsmöglichkeiten vorweisen können. Doch auch hier bin ich zuversichtlich, dass die Fachverwaltung Lösungen finden wird“, so Renate Warnecke abschließend.



Die nächste Ausbauphase muss individuelle, kreative Erweiterungsmöglichkeiten finden.

Drei Spielplätze werden in 2020 saniert

„In diesem Jahr steht die Sanierung von drei Spielplätzen an. Die Fachverwaltung hat uns für dieses Jahr Sanierungsmaßnahmen in den Bezirken Uellendahl-Katernberg, Cronenberg und Elberfeld vorgeschlagen. Es

freut mich, dass nun auch mal Quartiere berücksichtigt werden können, die nicht durch das Programm „Soziale Stadt“ gesondert gefördert werden. Diese Bezirke mussten nämlich in der Vergangenheit häufig zu-

rückstehen“, erklärt Renate Warnecke, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses.

„Insgesamt 628.000 Euro sind für die Neugestaltung von Spielflächen für das Haushaltsjahr 2020 vorgesehen. Hiervon werden allein am Spielplatz an der Boschstraße 295.000 Euro investiert. Der Spielplatz zwischen Nevigeser Straße und Kruppstraße stammt aus den frühen 70er Jahren und ist seitdem nicht mehr saniert worden. Und der Spielplatz Am Friedenshain, aus dem Jahr 1958, wird für 150.000 Euro saniert. Für den 1. Bauabschnitt auf dem großen Spielplatz in den Hardtanlagen sind 183.000 Euro im Haushalt 2020 veranschlagt“, erläutert Jannis Stergiopoulos, stellv. Mitglied im Jugendhilfeaus-

schuss.

„Es ist schön zu sehen, dass die Vorhabenliste trotz der angespannten finanziellen Situation sukzessive abgearbeitet wird. Sicherlich können wir keine großen Sprünge machen, und es gibt noch viel zu tun in Sachen Spielflächensanierung, aber es geht in die richtige Richtung. Perspektivisch ist noch eine weitere Sanierungsmaßnahme im Bezirk Wuppertal Ronsdorf vorgesehen. Sobald die KiTa am Mohrenhensfeld fertiggestellt ist, wird auch der dortige Spiel- und Bolzplatz in der Prioritätenliste ganz nach oben rutschen und als eine der nächsten Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Das sind gute Nachrichten für den Bezirk Rehsiepen“, erklärt Renate Warnecke abschließend.



Diesmal profitieren Stadtteile, die nicht durch das Programm „Soziale Stadt“ gesondert gefördert werden.

Bundesbahndirektion am Döppersberg: Prüfauftrag mit großer Mehrheit beschlossen



Bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie wurde deutlich, dass das Gebäude der alten Bundesbahndirektion in den Nutzungsmöglichkeiten flexibler ist, als zunächst angenommen.



An die Stelle der alten Flure sollen Büroräume kommen. Die neuen Flure hingegen sollen deutlich schmaler ausfallen und nach rechts versetzt werden.



Der ansässige Einzelhandel würde gestärkt, der obere Platz belebt und das stadtbildprägende, denkmalgeschützte Gebäude wieder ins Stadtleben integriert. Für die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer der alten Bundesbahndirektion ergäbe sich eine ganz neue Perspektive auf den Vorplatz des Bahnhofs und den neu gestalteten Busbahnhof.

Auf gutem Weg: Stärkere Einbindung der Bezirksvertretungen

„Im Gegensatz zu den Grünen sehen wir eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf die Einbindung der Bezirksvertretungen (BV). Der Angriff der Fraktion der Grünen auf Oberbürgermeister Andreas Mucke im Hinblick auf die Stärkung der Arbeit der Bezirksvertretungen ist haltlos“, so Heiner Fragemann, Bezirksbürgermeister von Vohwinkel und Stadtverordneter.

„In zahlreichen Bezirksbürgermeisterkonferenzen mit Vertreterinnen und Vertretern des OB-Büros und der Fachverwaltung wurden verschiedenste Verbesserungen

hinsichtlich der Zusammenarbeit erwirkt, und wir sind vorab umfangreich über anstehende Themen und Projekte in unseren Bezirken informiert worden. Allein im vergangenen Monat fanden zwei Termine zu den Themen Bürgerbeteiligung und Innenentwicklung statt“, so Heiner Fragemann weiter.

Wahlkampfgetöse

Harald Scheuermann-Giskes, Bezirksbürgermeister von Ronsdorf, ergänzt: „Für die Grünen ist es natürlich bedauerlich, dass sie keinen Bezirksbürgermeister stellen.

Das gibt ihnen allerdings nicht das Recht, mit Unwahrheiten den in dieser Frage sehr engagierten Oberbürgermeister zu attackieren. Polemik und Wahlkampfgetöse sind in der Sache nie hilfreich.“

„Sicherlich sind wir noch nicht am Ziel, was zum Beispiel die weitergehende Beteiligung an Haushaltsfragen angeht. Es ist mir aber außerordentlich wichtig festzuhalten, dass wir uns in einem sehr konstruktiven und vertrauensvollen Prozess befinden, der ganz ausdrücklich die Anerkennung aller Bezirksbürgermeister-

rinnen und Bezirksbürgermeister gefunden hat. Wir sind auf einem guten Weg“, so Heiner Fragemann abschließend.



Harald Scheuermann-Giskes, Bezirksbürgermeister von Ronsdorf

Nachgefragt: Wo bleibt die Sicherheitskonzeption?

„In der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 25.06.2019 war ursprünglich eine Berichterstattung durch den dafür zuständigen Dezernenten, Matthias Nocke, vorgesehen. Dieser Bericht wurde aber seitens der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen, da im Verwaltungsvorstand zu diesem Thema noch weiterer Beratungsbedarf angemeldet worden war“, so der ordnungspolitische Sprecher der Fraktion, Heiko Meins.

Informationsfluss unbefriedigend

Dementsprechend wurden die Mitglieder des Rates und seiner Gremien seit über sieben Monaten nicht mehr über die weitere Bearbeitung des Themas durch den zuständigen Geschäftsbe-

reichsleiter Matthias Nocke informiert. „Wenn Herr Nocke zum Sicherheitskonzept keinen Handlungsbedarf mehr sehen sollte, steht es ihm natürlich frei, dieses so zu bewerten. Wir sind allerdings der Meinung, dass er den Rat, den zuständigen Ausschuss und selbstverständlich seinen Vorgesetzten, Oberbürgermeister Andreas Mucke, der ihn mit der Konzeption beauftragt hat, über eine derartige Bewertung hätte informieren müssen. Die SPD-Fraktion geht allerdings davon aus, dass das Thema weiter von der Verwaltung bearbeitet worden ist, und aus diesem Grunde haben wir hierzu eine Große Anfrage im Rat der Stadt Wuppertal gestellt“, so Heiko Meins abschließend.

Die Beantwortung unserer

Großen Anfrage durch die Verwaltung war allerdings weder zufriedenstellend, noch sonderlich aussagekräftig. Offensichtlich verspürt der zuständige Dezernent keine große Lust, die

Politik beim Thema Sicherheitskonzeption mit auf die Reise zu nehmen. Die SPD-Ratsfraktion wird allerdings im Fachausschuss bei diesem Thema weiter nachhaken.

Fragenkatalog:

1. Wurde die Sicherheitskonzeption vom Geschäftsbereich 2.2 weiter bearbeitet? Wenn ja, erbitten wir die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

2. Welche thematischen Schwerpunkte werden in der Konzeption gesetzt?

3. Wie viele Akteure sind für eine Mitarbeit bislang angefragt worden und welche haben bereits zugesagt? Bitte auflisten.

4. Welche Zeitschiene des

Planungsprozesses (ggf. mit Meilensteinen) ist für die Konzeption hinterlegt?

5. Welche Absprachen haben bislang mit der Stabsstelle Bürgerbeteiligung hinsichtlich einer Bürgerbeteiligung und der anzuwendenden Formate stattgefunden?

6. Wie hoch wird der Kostenrahmen geschätzt?

7. Besteht die Möglichkeit, Fördermittel einzuwerben? Falls ja, in welcher Höhe?

SPD-Fraktion begrüßt Förderempfehlung des Kulturbüros



Bild: Stadt Wuppertal

Auch die „Peter Kowald Gesellschaft/ort e.V.“ in der Luisenstraße 116 erhält Zuschüsse aus dem Fördertopf für die freie Kulturszene.

„Wir freuen uns, dass der Verwaltungsvorschlag zur Förderung der freien Kulturszene alle Institutionen berücksichtigen konnte, die auch wir zur Förderung empfohlen hatten“, erklärt Bürgermeisterin Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin

der SPD-Ratsfraktion.

172.500 Euro Fördermittel

„Sieben Einrichtungen der freien Kultur wurden auf Empfehlung des Kulturbüros und durch Zustimmung des Kulturausschusses nun in die Liste der sog. ‚Institutionel-

len Förderung‘ aufgenommen, darunter z.B. die Glanzstoff/Akademie der inklusiven Künste, die Bandfabrik und das LOCH, Zentrum für Kunst und Kultur. So werden insgesamt 172.500 Euro im Doppelhaushalt 2020/2021 über diese Förderschiene an die sieben Einrichtungen gehen.“

Alle sieben Antragsteller förderwürdig

„Besonders erfreulich ist, dass damit alle Anträge von Kultureinrichtungen auf Institutionelle Förderung, die das Kulturbüro in 2019 erreicht haben, förderwürdig sind“, ergänzt die Stadtverordnete Sabine Schmidt, Mitglied im Kulturausschuss. „Die Institutionelle Förderung kann von Vereinen

und Kultureinrichtungen, nicht aber von Einzelkünstlerinnen und -künstlern beantragt werden. Aber auch das Budget für die Projektförderung, auf die sich auch einzelne Künstlerinnen und Künstler bewerben können, wird, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, im Doppelhaushalt 20/21 um insgesamt 56.000 Euro steigen“, so Sabine Schmidt weiter.

„Der Kulturausschuss hat beschlossen, dass die Empfehlungen des Kulturbüros auch so umgesetzt werden. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass diese Förderungen zustande kommen und freuen uns jetzt mit den Einrichtungen über die Förderzusagen“, fasst Bürgermeisterin Ursula Schulz abschließend zusammen.

Kommentar des Fraktionsvorsitzenden Klaus Jürgen Reese

Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Eigendynamik, die manche öffentlichen Diskussionen in unserer Republik und besonders in Wuppertal entwickeln, ist nicht immer absehbar. Und dass dieses so ist, spricht für eine lebendige Diskussionskultur in unserer Stadt.

So verhielt es sich in den vergangenen Tagen, dass ich immer wieder auf die Ereignisse rund um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen angesprochen wurde. Wer dort da was, mit wem, wann, abgesprochen hat, will ich gar nicht eingehender hinterfragen. Weil für

mich feststeht, dass die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag die Vorgänge zumindest eingeplant haben muss.

Warum ich zu dieser Feststellung komme? Weil es das Standardhandwerkszeug demokratischer Fraktionen ist, dass sie alle denkbaren Mehrheitsverhältnisse vor solchen Abstimmungen durchrechnen. Oder fahren Sie in einen dunklen Tunnel, ohne vorher das Licht einzuschalten?

Nun haben ganz kritische Geister die Frage gestellt, warum sich dann die regierungstragenden Fraktionen von SPD, Linkspartei und Grünen mit Bodo Ramelow

überhaupt in diese Abstimmung begeben haben? Auf diese Frage antworte ich mit einer Gegenfrage: Hätten Sie sich vorstellen können, dass sich ein FDP-ler mit den Stimmen einer Fraktion wählen lässt, deren Vorsitzender ein Faschist ist?

Nun ist es zunächst Aufgabe der Bundes- und der Landespolitik in Thüringen, den gewaltigen politischen Scherbenhaufen zu beseitigen. Dass dieses Ereignis in der politischen Landschaft bleibende Spuren hinterlassen wird, steht fest.

Genauso fest steht, dass die Sozialdemokratie niemals mit einer Partei paktieren

wird, deren sogenannter Ehrenvorsitzender die dreizehn Jahre der nationalsozialistischen Terrorherrschaft als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte bezeichnet hat.



Herzlichst,
Ihr Klaus Jürgen Reese